

## Noch einmal zur Politik der friedlichen Koexistenz in Deutschland

„Neuer Weg“ veröffentlichte in der Nummer 21/1960 einen Artikel • „Politik der friedlichen Koexistenz und Kampf gegen den deutschen Militarismus“. In diesem Artikel setzten wir uns mit einigen fehlerhaften Auffassungen über die Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie in einigen Grundorganisationen auftraten, auseinander. Dabei bezeichneten wir auch die richtige Auffassung, daß der Deutschlandplan auf der Politik der friedlichen Koexistenz basiert, als falsch.

Genossin Friedrich aus Ilmenau, Genossin Flieger aus Gräfenhainichen und Genosse Krug aus Bogensee haben in Zuschriften an die Redaktion dagegen polemisiert, daß in dem genannten Artikel zum Ausdruck kommt, man könne die Politik der friedlichen Koexistenz nicht auf die Verhältnisse in Deutschland anwenden. Die Genossen hoben richtig hervor, daß die Konföderation ja eine schöpferische Anwendung des Leninschen Prinzips der Politik der friedlichen Koexistenz ist. Die Redaktion „Neuer Weg“ hat in dieser wichtigen Frage fehlerhafte Formulierungen zugelassen, die nicht geeignet sind, die Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit unserer Genossen Propagandisten und Agitatoren zu unterstützen. Wir möchten deshalb an dieser Stelle kurz zusammengefaßt hervorheben, wie das 11. Plenum des Zentralkomitees das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf die heutigen Verhältnisse in Deutschland angewandt hat.

Das 11. Plenum geht aus von der Formulierung in der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien: „Friedliche Koexistenz der Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung oder verheerender Krieg — nur so steht die Frage heute. Einen anderen Weg gibt es nicht.“ Auf unsere Politik in Deutschland bezogen, sagt die Entschließung des Zentralkomitees dann: „Die Politik der DDR hat zum Inhalt, durch die weitere Stärkung der DDR und die breiteste Entwicklung der Friedensbewegung die Bon-

ner Regierung zu veranlassen, auf den friedlichen Wettbewerb, auf friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten einzugehen.“ Ausdruck dieser Politik ist das vom Genossen Walter Ulbricht vorgeschlagene Angebot an die Bonner Regierung, im Interesse der Herbeiführung eines normalen Zusammenlebens der beiden deutschen Staaten einen Frieden für zehn Jahre abzuschließen, die Kriegspropaganda einzustellen, die Rüstung zu stoppen, den Handelsvertrag fortzuführen und sich für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages einzusetzen.

Weiter wird in der Entschließung des Zentralkomitees gesagt, daß unsere Partei mit dem Vorschlag der Konföderation die große Leninsche Idee der friedlichen Koexistenz schöpferisch auf die historisch-konkrete Situation in Deutschland anwendet und daß die Konföderation bis zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat die Form des friedlichen Nebeneinanderbestehens beider Staaten bedeutet.

In der Entschließung des 11. ZK-Plenums wird weiter klargemacht, daß der Kampf für ein friedliches Nebeneinanderbestehen der beiden deutschen Staaten in der Konföderation gerade der wesentliche Inhalt des Kampfes gegen den Militarismus ist. Die SED setzt der Parole Adenauers von der „unfriedlichen Koexistenz“ die Politik der friedlichen Koexistenz entgegen, heißt es in der Entschließung. Der Kampf für die Konföderation und eine militärische Neutralisierung Deutschlands richtet sich gerade gegen den aggressiven Militarismus und drängt ihn zurück.

Das Kollektiv der Redaktion sowie die Grundorganisation der Redaktion haben zu diesem Fehler Stellung genommen und Maßnahmen getroffen, um in der künftigen Arbeit derartige Fehler zu vermeiden und den Parteifunktionären in größerem Umfang bei der politisch-organisatorischen sowie propagandistischen und agitatorischen Arbeit Hilfe zu geben.

Redaktion „Neuer Weg“